



Die Landesregierung soll die Bereitstellung von Finanzmitteln sichern, die die Voraussetzungen für Integration und Teilhabe von Migrant*innen in MV auf kommunaler Ebene verbessern.

Der Anteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte hat in MV zugenommen (Anteil Menschen mit MH 2017: 6.4 %; 2019: 9 %). Insbesondere ist auch die Anzahl der Schutzsuchenden zwischen 2017 und 2019 angestiegen. Flucht und Verfolgung waren für über ein Viertel der Zugewanderten in MV nach eigenen Angaben Grund des Zuzugs. Der Anteil junger Menschen ist besonders hoch. Bundesweit waren im Jahr 2019 fast ein Viertel aller Menschen mit Migrationsgeschichte jünger als 18 Jahre.

Für den Bereich der Integration und Partizipation stellen die Auswirkungen der Pandemie einen erheblichen Einschnitt dar. Die sozialen Herausforderungen treffen Menschen mit Migrationsgeschichte, vor allem auch Geflüchtete, häufig besonders hart. Einschränkungen im Betrieb von Kita und Schule sowie in Ausbildung und Beruf hatten in diesem und im vergangenen Jahr massive Auswirkungen auf Integrationschancen, auch und besonders für jüngere Menschen. Zu beobachten ist auch eine Zunahme von sozialen Ungleichheiten und Alltagsrassismus gegenüber einigen Bevölkerungsgruppen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind Anstrengungen durch nachholende Integration besonders wichtig. Hier ist eine Unterstützung durch das Land erforderlich, um mit Möglichkeiten der Integrationsförderung gegenzusteuern. Von besonderer Bedeutung sind dabei Angebote der Beratung, der Bekämpfung der Diskriminierung, Sprachmittlung und Stärkung der Partizipation, sowie der Integrationsfonds mit den Möglichkeiten, in Zusammenarbeit mit den Kommunen neue Vorhaben zur Stärkung des Zusammenhalts zu initiieren und weiter zu entwickeln.

Eine Kürzung der Landesfinanzmittel für die Integration von Migrant*innen in MV im nächsten Haushalt würde große Schäden an der geleisteten Integrationsarbeit in den Kommunen verursachen und eine Bremse für die guten Integrationsprojekte und die erfolgreiche Integrationsarbeit auf kommunalen Ebenen verursachen.

Wir fordern von der Landesregierung, auch in den kommenden Jahren, die dafür notwendigen Finanzmittel bereitzustellen, damit die Integration von Migrant*innen in MV auf kommunaler Ebene verbessert wird und weiter entwickeln werden kann.

**Beschlossen auf der 15. Konferenz der MSO aus MV des Netzwerks
MIGRANET-MV am 06.06.2021 in Rostock**